

**Antworten der  
Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V. (CSU)  
auf die Fragen von  
Zivilcourage gg. Agrogentechnik im LK Sta /  
Aktion GEN-Klage**

- 1. Bayern ist gentechnikfreie Region. Die EU will Neue Gentechniken genehmigen und damit das aktuelle Gentechnikrecht deregulieren. Die Fachleute bestätigen, dass die NGT Gentechnik sind. Wie wird die CSU in Bayern UND IM EU-Parlament die gentechnikfreie Region Bayern schützen und vertreten?**

**Antwort:**

Bayern ist seit April 2014 Mitglied im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen und hat 2019 den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen gesetzlich verboten. Das globale Bevölkerungswachstum und die Klimakrise stellen die Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht bewertet werden, ob es zielführend ist, diesen Herausforderungen mit den Plänen der EU-Kommission zu begegnen. Forschung, Innovation und Technologieoffenheit haben für uns als CSU aber schon immer einen hohen Stellenwert. Daher wollen wir auch jetzt keine Möglichkeit zur Problemlösung versäumen. Die im Raum stehenden Methoden müssten in einem geschützten Umfeld überprüft und alle Fragen zur Sicherheit vor weiteren Debatten geklärt werden. Sicherheit hat selbstverständlich absoluten Vorrang.

- 2. Glyphosat ist Gift und zerstört unsere Böden und die Artenvielfalt. Sie sind als Regierung verpflichtet diese aber zu schützen. Auch im Rahmen des Klimaschutzes und der Erhaltung der Ernährungssouveränität ist das absolut notwendig. Setzen Sie sich für ein Glyphosatverbot ein?**

**Antwort:**

Im Juli dieses Jahres veröffentlichte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die Bewertung der Auswirkungen von Glyphosat auf die Gesundheit von Menschen, Tieren und auf die Umwelt. Dabei kam heraus, dass es keine kritischen Problembereiche gibt, die bei einem Genehmigungsverfahren beachtet werden müssten. Grundlegend wird Glyphosat als nicht krebserregend eingestuft. Zu dieser Aussage kam es nach einem dreijährigen transparenten und aufwendigen Prozess. Die Entscheidung über die weitere Zulassung von Glyphosat wird im Herbst von der EU-Kommission gefällt.

- 3. Der Abschluß des Freihandelsabkommens Mercosur wird verstärkt Fluchtursachen schaffen, den Urwald weiter zerstören um die steigenden Fleischquoten einzuhalten - und die Verbrennermotoren, die bei uns verboten werden sollen, weiter erhalten. Stimmen Sie auch dafür und wollen Sie das wirklich? Klima?**

**Antwort:**

Es ist von hoher Bedeutung, die Marktpotentiale eines freien, wertbasierten Handels auch außerhalb der EU voranzutreiben. Es eröffnen sich dadurch Chancen für die bayerische Landwirtschaft. So werden Wertschöpfung und Wohlstand in Bayern sichergestellt. Jedoch müssen zwingend Ziele der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes beachtet werden. Die hohen Produktionsstandards der europäischen, deutschen und bayerischen Landwirtschaft sind einmalig und mit keinen anderen der Welt vergleichbar. Diese dürfen auf keinen Fall unterlaufen werden. Vertragliche Vereinbarungen müssen wirksam kontrolliert und sanktioniert werden, sollten sie nicht eingehalten werden.

**4. Der Export von in der EU verbotenen Pestiziden in 3.- Welt-Länder soll weiter ausgeweitet werden. Das ignoriert Menschenrechte auf Gesundheit, sauberes Wasser usw. Ihre Partei unterstützt so ein für alle schädli. Vorgehen? Paßt das zu einer christlich und sozialen Partei? Gilt das nur für Europäer?**

**Antwort:**

Der Staat hat die Aufgabe, die positiven Seiten der Globalisierung allen seinen Bürgern zugänglich zu machen. Die Globalisierung braucht klare Regeln und Werte. Deswegen setzen wir auf eine regelbasierte multilaterale Handelsordnung, in deren Zentrum eine handlungsfähige Welthandelsorganisation stehen sollte. Wir wollen dazu die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft international etablieren und internationale Standards setzen. Gleichzeitig muss Europa aber die spezifischen Gegebenheiten vor Ort respektieren und darf unseren Unternehmen nicht unnötige Hürden in den Weg legen, die sich zum strategischen Nachteil Europas entwickeln können. Notwendige Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb sind eine globale Wettbewerbspolitik, der Schutz geistigen Eigentums, der Kampf gegen Korruption und ein stabiles internationales Finanzsystem. Gerade Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Verbraucherschutz benötigen Raum für Regionalität und Vielfalt. Als Antwort auf die Systemkonkurrenz autokratischer Staaten und zur Diversifizierung der Lieferketten streben wir einen „Binnenmarkt der Freiheit“ als Wirtschaftsverbund im Sinne einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union, den USA und weiteren NATO-Staaten plus globalen Playern wie Kanada, Australien, Japan, Südkorea und Israel an. So wollen wir den freien Welthandel an neue Realitäten anpassen, in strategischen Bereichen die Kooperation intensivieren und unsere Wirtschaft resilienter aufstellen.